

Geschäftsleitung LEGR

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl
scolastic grischun**

Band (Jahr): **78 (2016)**

Heft 4: **Integration unterwegs**

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Jahresbericht der Geschäftsleitung LEGR 2015/16

Das Berichtsjahr war reich befrachtet mit vielfältigen Themen sowie mit zahlreichen Anlässen und Auftritten. Bildung ist dynamisch und stetem Wandel unterzogen, laufend steht unsere Gesellschaft vor neuen Herausforderungen und Fragestellungen, die sich direkt in der Volksschule abbilden. Die Geschäftsleitung LEGR nimmt sich mit Überzeugung diesen Herausforderungen an, setzt sich für tragfähige Lösungen ein, die den Bildungsstandort Graubünden stärken sollen. Im Fokus steht dabei die gute Qualität der Bündner Volksschule, einer Volksschule an der mit Freude und Zufriedenheit gelehrt und gelernt werden soll. Dabei sind wir überzeugt, dass tragfähige Lösungen nur gemeinsam gefunden werden können. Deshalb pflegten wir auch im vergangenen Verbandsjahr unseren Bildungsdialog mit einem breiten nationalen und kantonalen Netzwerk.

Geschäftsleitung LEGR und Fraktionen

Die GL LEGR traf sich zu 11 Sitzungen, zu einer eintägigen Klausur, zu drei Treffen mit dem EKUD (inkl. Lehrplan 21), zu einem Treffen mit der Leitung der Pädagogischen Hochschule Graubünden (PHGR) und zu einem gemeinsamen Ausflug. Um die umfangreichen Traktanden zu bearbeiten, waren jeweils halbtägige Sitzungen nötig. Die Präsidentin nahm insgesamt an über 50 internen und externen Sitzungen teil, die weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung an 20 bis 35 Sitzungen.

Die Kommissionen der Fraktionen waren fleissig, was sich in vielfältigen Projekten zeigt. Zudem stellten sich alle Fraktionskommissionen bzgl. Lehrplan 21 Graubünden in den Dienst der Geschäftsleitung LEGR, indem sie dessen Entwurf für ihre Stufe/

Fach analysierten und Verbesserungsvorschläge formulierten, die ihre Vertreterinnen und Vertreter in der Geschäftsleitung LEGR einbrachten.

Jahrestagung 2015

An der Jahresversammlung vom 30. September 2015 in Flims im Hotel Waldhaus trat mit Fabio Cantoni der langjährige Präsident zurück. Er kann auf eine erfolgreiche Zeit zurückblicken. In seine neunjährige Amtszeit fiel der erfolgreiche Abstimmungskampf um den neuen Finanzausgleich und die Totalrevision des Schulgesetzes, die der Bündner Schule echte Fortschritte einbrachte. Fabio steht uns weiterhin als Redaktor des Bündner Schulblatts zur Seite. Neue Präsidentin wurde die bisherige Vizepräsidentin Sandra Locher Benguerel, Primarlehrerin und Bildungspolitikerin.

Ihren Platz in der Geschäftsleitung als Vertretung der Primarstufe übernahm Martijn van Kleef. In der Delegiertenversammlung ging es unter anderem darum, ob die Jahrestagung weiterhin an einem Mittwoch oder an einem Samstag stattfinden soll. Die grosse Mehrheit der Schulhausdelegierten will am Mittwoch festhalten. Die DV beauftragte die GL einstimmig mit der Abklärung, ob eine gerichtliche Klage auf Geschlechterdiskriminierung der Löhne der Kindergartenlehrpersonen angegangen werden soll. Den Höhepunkt der Jahrestagung, die mit 450 Teilnehmenden ausgebucht war, bildete das Referat der Berliner Philosophin Natalie Knapp. Gerne hätten wir ihren Worten und ihrer frischen Art noch lange zugehört.

Veranstaltungen

Weiterbildende Fachtagung MINT

Zusammen mit der PHGR organisierte der LEGR am 14. November 2015 die erste gemeinsame Fachtagung. Sie stand unter dem Thema MINT (Mathematik, Informatik,

Personal

Geschäftsleitung

Sandra Locher Benguerel, Präsidentin
Erika Sigrist, Vizepräsidentin, Fraktion Heilpädagogik
Jürg Mächler, Fraktion Primar
Christine Hügli-Hartmann, Fraktion Kindergarten
Gion Item, Fraktion Sek 1
Andreas Spinas, Fraktion Sek 1
Anita Gabathuler, Fraktion Handarbeit & Hauswirtschaft
Martijn van Kleef, Fraktion Primar

Ausschuss GL LEGR

Sandra Locher Benguerel, Präsidentin
Jöri Schwärzel, Leiter der Geschäftsstelle

Fraktionskommissionen

Kindergarten: Christine Hügli, Simone Pedrun, Martina Giovannini, Fabia Camozzi, Susanne Schmid

Primar: Jürg Mächler, Martijn van Kleef, Marianne Schmied, Chasper Valentin
Sek 1: Andreas Spinas, Gion Item, Urs Stirnimann, Donat Rischatsch, Stefano Anotta

Handarbeit & Hauswirtschaft: Anita Gabathuler, Karin Näf, Katja Gurt, Sandra Bucher, Nadia Cathomas
Heilpädagogik: Erika Sigrist, Dorli Josty, Madeleine Bacher, Markus Hofmann

Revision

Urs Stirnimann, Sandra Bucher

Redaktion Bündner Schulblatt

Fabio Cantoni, Sandra Locher Benguerel, Chantal Marti, Peter Reiser, Jöri Schwärzel

Geschäftsstelle

Jöri Schwärzel

Mitglieder

2'250 Aktiv- und Passivmitglieder
1'950 AbonentInnen Bündner Schulblatt

Naturwissenschaften, Technik) im Unterricht und beinhaltete ein Fachreferat sowie Workshops. Rund 100 Lehrpersonen besuchten die Tagung. Der Tag ging erfolgreich über die Bühne sowohl betreffend der Zufriedenheit der 100 teilnehmenden Lehrpersonen als auch der Zusammenarbeit mit der PHGR.

Information für Studierende der PHGR

Der Ausschuss der GL LEGR konnte im Februar 2016 an einer Informationsveranstaltung den Studierenden des 3. Jahres den LEGR vorstellen und damit für neue Mitglieder werben.

Veranstaltungen der Fraktionen

Verschiedene Fraktionen waren auch mit oder in Veranstaltungen aktiv. Diese Aktivitäten werden wie die anderen Tätigkeiten der Fraktionen in deren eigenen Jahresberichten wiedergegeben.

Kommunikation

Schulhausdelegierte

Unsere Schulhausdelegierten übernehmen vor Ort eine zentrale Funktion in der Verbindung zu unseren Mitgliedern. Sie wurden auch im vergangenen Verbandsjahr regelmässig mit aktuellen Informationen sowie Positionen der Geschäftsleitung bedient.

Bündner Schulblatt

Wiederum konnte die Redaktion des Bündner Schulblatts sechs Nummern publizieren. Sie widmeten sich folgenden Hauptthemen: Begabungsförderung, Schule und Kultur, Sport in der Schule, MINT-Förderung, Natur macht Schule sowie Weiterbildung. Trotz stets guter Kritik sinken die Abo-Zahlen kontinuierlich, wenn auch sehr langsam.

Website, Facebook

www.legr.ch – unsere neue, attraktive Website hat sich gut bewährt. Ein- bis zweimal wöchentlich «postet» der Leiter der Geschäftsstelle Neuigkeiten auf die Willkommensseite. Die Facebookseite des LEGR erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Hier zählt es, schnell interessante Meldungen zum Bildungsgeschehen zu platzieren. Jöri Schwärzel wird aktiv von GL-Mitglied Andreas Spinaz unterstützt.

Medienarbeit

Der LEGR ist weiterhin gut in allen Bündner Medien vertreten. Sei es mit eigenen Medienmitteilungen, mit Red und Auskunft durch unsere Präsidentin oder meistens mit einer Mischung davon. Für die Bündner Medienschaffenden ist der LEGR immer noch die Institution, die gefragt ist, wenn es um die Volksschule geht. Thematisch stand der Lehrplan 21 im Fokus.

Schwerpunktt Themen

Lehrplan 21

Das Schwergewicht, inhaltlich und zeitlich, des Vereinsjahres war eindeutig der Lehrplan 21 Graubünden. Im Dezember wurden die GL-Mitglieder durchs EKUD und über diese wiederum die Fraktionskommissionen mit dem Entwurf zum Lehrplan 21 Graubünden beliefert. Einen Monat später fand das Hearing mit dem EKUD statt. So war die unterrichtsfreie Weihnachtszeit weniger mit Sport, dafür umso mehr mit Aktenstudium belegt. In einer Klausur bereitete sich die GL gründlich aufs Hearing vor. Denn es war klar, der Lehrplan und die dazugehörige Lektionentafel mussten noch umfassend verbessert werden. Intensiv und gut war auch die Zusammenarbeit zwischen den Schulsozialpartnern. Am eintägigen Hearing hatten wir so viel einzubringen, dass die Zeit dazu nicht reichte. Deshalb durften wir ein umfassendes

Dokument mit Änderungsvorschlägen sowie einem Fragenkatalog schriftlich nachreichen. Das Resultat lässt sich sehen: Viele wichtige Anliegen kamen durch, andere blieben auf der Strecke. Schlussendlich konnten die GL LEGR und die Partnernverbände Ja zum Lehrplan 21 GR sagen. Insbesondere da mit der Einrichtung einer kantonalen Resonanzgruppe weiter die Umsetzung und Einführung des LP 21 GR begleitet werden kann. Zwei Resonanzgruppensitzungen fanden im Berichtsjahr statt.

Diese Haltung kommunizierten die Schulsozialpartner gemeinsam der Bündner Öffentlichkeit. Nach dem Regierungsbeschluss im März zur Einführung des Lehrplans 21 in Graubünden aufs Schuljahr 2018/2019 hin, wurde durch eine Gruppierung eine Initiative gegen den Lehrplan 21 lanciert. Bis diese greifen würde, ist der Lehrplan 21 längst eingeführt. Eine Delegation der GL LEGR traf sich mit den Initianten.

Lohnklage Kindergarten

Im Auftrag der Delegiertenversammlung und der Fraktion Kindergarten machte sich eine Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern der GL und der Fraktionskommission Kindergarten, dem VPOD, unserem Rechtsanwalt und einer Fachanwältin aus Zürich an die Abklärungen:

- Suche nach Einzelklägerinnen
- Suche nach männlichen Vergleichsberufen
- Suche nach Gemeinden, transparente und konstruktive Kommunikation mit diesen
- Klären des juristischen Verfahrens
- Chancenabschätzung
- Finanzierung

Im Mai konnte die Arbeitsgruppe ein positives Fazit ziehen. Insbesondere die Gerichtsurteile in anderen Kantonen stimmen uns positiv. Die GL LEGR wird an der Delegiertenversammlung 2016 den Antrag stellen, die Lohnklage zu erarbeiten und einzureichen.

Frühfremdsprachen

Im Sommer 2015 brachte der LEGR seine Position betreffend Fremdsprachen in den Dachverband LCH ein. Durch das Festhalten der EDK am geltenden Kompromiss und durch die Situation im LCH gibt es zurzeit seitens unseres nationalen Verbandes wenig Bewegung in dieser Frage. Je nach Ausgang der eingereichten Volksinitiative in Zürich könnte wieder Bewegung rein kommen. Bis die in erster Instanz für gültig erklärte Bündner Volksinitiative vors Volk kommen könnte, werden wahrscheinlich anderswo die Weichen gestellt sein. Zudem ist der LEGR gespannt auf die Umsetzung des Auftrags des Grossen Rates zur Förderung von Sprachaustauschaktivitäten im Kanton.

Integration

Mit dem neuen Schulgesetz wurde die Integration der sonderpädagogischen Massnahmen gestärkt. Umfragen bei den Klassenlehrpersonen sowie den Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen zeigen erfreulicherweise eine positive Grundstimmung der Bündner Lehrpersonen der Integration gegenüber. Allerdings sind die Umfragewerte auf der Oberstufe tiefer, hier ist besonderer Handlungsbedarf angezeigt. Damit diese gute Akzeptanz so bleibt, hat die GL LEGR konkrete Vorschläge zuhanden des EKUDs erarbeitet. Anlässlich des regelmässigen Austauschtreffens zwischen LEGR und EKUD diskutierten wir im Mai 2016 unsere Vorschläge mit Regierungsrat Martin Jäger sowie den zuständigen Fachleuten.

Vernehmlassungen

- Kulturförderungsgesetz: Der LEGR beteiligte sich an der Vernehmlassung zur Totalrevision des Kulturförderungsgesetzes. Um das Fördergefäss «Schule und Kultur» zu einer wirklichen kulturellen Teilhabe und kulturelle Bildung in allen Regionen einsetzen

zu können, verlangte der LEGR eine neue Koordinationsstelle, die für den Fachbereich Kulturvermittlung zuständig ist.

- Intensivweiterbildung: Der LEGR reichte eine Stellungnahme zur Zukunft der Intensivweiterbildung der EDK-Ost ein. Unserer Meinung nach müsste sich die IWB von einer Ausbildungsstelle zu einer Koordinationsstelle weiterentwickeln. Wir könnten uns auch eine Kombination von Input, «Felderfahrung» und Kursmöglichkeit vorstellen.

Interne Themen

- Aufgrund der steigenden Aufgaben geben die Entschädigungen an den Geschäftsstellenleiter, die Präsidentin und an die anderen GL-Mitglieder immer wieder zu diskutieren.

- Durch die Integration der Stufen- und Fachverbände in Fraktionen besitzt der LEGR ein gewisses Vermögen, das aber durch die Tiefzinspolitik bei den Bankkonti kaum gewinnbringend ist. Die GL LEGR möchte darum einen Teil des Geldes anders anlegen. Als Grundlage der Anlagepolitik nahmen wir das Reglement des LCH zu Hilfe. Das Geld soll risikominimiert und ethisch korrekt, aber mit etwas mehr Gewinn als bisher angelegt werden.

- Unsere Mitgliederverwaltung, die wir mit dem LCH und anderen Kantonalsektionen teilen, ist gemeinsam mit seinem Erfinder in die Jahre gekommen. Der LEGR beteiligt sich deshalb an der Suche nach einem Ersatz.

- Die Mitgliederzahlen beim LEGR sind steigend, was uns sehr freut. Der Anteil an organisierten Lehrpersonen liegt konstant bei rund 85%. Angesichts der Tatsache, dass innerhalb von 10 Jahren die Hälfte unserer Mitglieder ausgewechselt werden, müssen ständig neue Mitglieder geworben werden. Eine Delegation des LEGR nahm an einer Weiterbildung des LCH zum Thema Mitgliederwerbung teil. In einer Arbeitsgruppe der GL wurde das Thema anschlies-

send vertieft und Massnahmen erarbeitet, welche im kommenden Vereinsjahr umgesetzt werden. Die Arbeitsgruppe bleibt weiterhin bestehen.

Zusammenarbeit

LCH

Unser Hauptpartner ist unser Dachverband LCH. An den Präsidiumskonferenzen LCH sind wir zu zweit anwesend: Präsidentin oder Vizepräsidentin sowie der Leiter der Geschäftsstelle. Aufgrund seiner politischen Erfolge hat der LEGR innerhalb dieses Gremiums ein gewisses Gewicht erhalten. Zentrales Anliegen des LEGR war im vergangenen Vereinsjahr die Stärkung der demokratischen Abläufe im LCH, was auch gelang. In den Kommissionen und Arbeitsgruppen des LCH nehmen LEGR-Vertreterinnen und -Vertreter fleissig Einsitz und an der Delegiertenversammlung LCH besetzen wir immer alle unsere vier Stimmen.

In der GL LEGR wurden die Positionspapiere des LCH zuhanden der Präsidiumskonferenzen diskutiert und Anträge erstellt. Themen waren: Schulassistenten, Klassengrössen, Praxisausbildung sowie Bildungskosten.

Beim LCH hat der LEGR Einsitz in verschiedene Kommissionen: in alle drei Stufenkonferenzen, in die Fachkommissionen Textiles Werken und Hauswirtschaft, in der Standespolitischen Kommission, in der Solidaritäts- und Ausbildungsstiftung, in den Arbeitsgruppen Sonderpädagogik und altersdurchmisches Lernen.

Regionale Ostschweizer Lehrpersonen-Organisationen ROSLO

Die ROSLO trafen sich zu zwei Sitzungen und einem Austausch mit dem St. Galler Regierungsrat Stefan Kölliker, Präsident der EDK Ost. Im Zentrum stand die Umsetzung des Lehrplans 21.

Runder Tisch der Bündner Volksschule

An diesem treffen wir uns mit unseren kantonalen Schulsozialpartnern, dem Schulbehördenverband SBGR und dem Verband der Schulleitenden VSLGR. Beim Thema Lehrplan 21 Graubünden haben wir einmal mehr festgestellt, welches Gewicht uns eine enge Zusammenarbeit gibt. In anderen Themen, wie z.B. der Diskriminierung der Kindergartenlehrpersonen (Klassenleitungsfunktion, Lohn, etc.) sind wir teilweise anderer Meinung. Bis jetzt ist es dem LEGR nicht gelungen, dem SBGR unser Verständnis für eine echte Integration des Kindergartens in die Volksschule zu vermitteln.

PHGR

Die Zusammenarbeit mit der PHGR ist vielfältig. Es gibt das jährliche Treffen der Leitungsgremien, Prorektorin Chantal Marti ist in der Redaktion des Schulblatts, die Weiterbildung der PHGR informiert in erster Linie mittels Schulblatt und Beilage, Dozentinnen und Dozenten leisten immer wieder wertvolle Beiträge zum Hauptthema des Schulblatts. Die gemeinsame MINT-Fachtagung war ein Erfolg, Fraktionen organisieren gemeinsam mit der Weiterbildungsabteilung ihre Fachtagung, an der Fiutscher-Ausstellung 2016 werden wir wieder gemeinsam auftreten. Die konstruktive Partnerschaft ist für den LEGR ein Gewinn.

EKUD, AVS

Im Herbst und Frühling fanden die zwei offiziellen EKUD-Gespräche statt. Dieses Jahr wurden sie ergänzt mit dem Hearing zum Lehrplan 21. Am Bündner Schulblatt ist auch das EKUD beteiligt. Die letzten vier Seiten stehen zu seiner Verfügung. Zudem stossen wir immer auf offene Ohren, wenn wir für Artikel im Schulblatt auf den Regierungsrat oder auf Mitarbeitende des AVS zugehen.

Grosser Rat

Durch unsere Präsidentin sind wir nicht nur im Parlament sondern auch direkt in dessen Bildungskommission vertreten. Dennoch versuchen wir unsere Gruppe der bildungsinteressierten Grossrätinnen und Grossräte mit guten Informationen zu bedienen und so die Beziehung zu pflegen.

Beirat

Am 30. März 2016 traf sich der Beirat in Chur zum Gedankenaustausch. Die GL freute sich, dass die Beiratsmitglieder so zahlreich der Einladung folgten. Den inhaltlichen Schwerpunkt legten wir auf den Lehrplan 21. Wichtiger Bestandteil des Treffens war der gegenseitige Austausch im zweiten Teil.

Geschäftsstelle LEGR

Jöri Schwärzel ist als Leiter der Geschäftsstelle die erste Anlaufstelle für unsere Mitglieder und die Fraktionen. Seine vielfältigen Tätigkeiten umfassen administrative Aufgaben, Auskunftserteilung und Beratung, Mitarbeit im Ausschuss, Buchhaltung, Konzeption verschiedenster Projekte und vieles mehr. Die Zusammenarbeit zwischen der Präsidentin und dem Geschäftsstellenleiter ist gut gestartet, der Gedanken- und Informationsaustausch ist wichtiger Bestandteil der Verbandsführung. Im Namen der GL LEGR danke ich Jöri Schwärzel für die freundschaftliche Zusammenarbeit und die vielen guten Inputs für den LEGR. Er ist unsere wichtige Drehscheibe im Verbandsalltag.

Beratungsdienste des LEGR

Beratungsstellen für persönliche und allgemeine Schulfragen (Marianne Parpan, Mathias Grond bis Dezember 2015, Flurin Fetz und Robert Ambühl, beide ab Januar 2016)

Die Nachfrage nach dieser Beratung nahm im vergangenen Geschäftsjahr deutlich ab. Wir gehen davon aus, dass dies damit zusammenhängt, dass die Personalführung im Gleichschritt mit der Professionalisierung der Schulleitungen immer besser klappt und somit weniger Probleme entstehen und die Lehrpersonen sich vermehrt auch an die Schulleitungen wenden können.

Im Berichtsjahr haben sich insgesamt 11 Personen mit Fragen an die Beratungsstellen gewendet. Die Themen waren: Umgang mit eigenen Erwartungen resp. Eigendruck, Umgang mit Druck von Eltern und Schulleitung, Wiedereinstieg, Überforderung, Umgang mit unerschwerlicher Kritik, Konflikte im Jobsharing, Alternativen zum Lehrberuf. Zudem wendeten sich auch verschiedene Lehrpersonen mit rechtlichen Fragen an die Beratungsstelle. Sie wurden an die Geschäftsstelle verwiesen.

Rechtsberatung und Rechtsschutzversicherung (Mario Thöny)

Auch in der Rechtsberatung gab es einen Rückgang an Anfragen, wenn auch hier viel geringer. Von den rund fünfzig Anfragenden wurden 16 an unseren Juristen Mario Thöny weitergeleitet. Die Themen beim Juristen waren: (Arbeits-)Vertrag, berufliche Vorsorge, Lohn, Kinderzulagen, Arbeitszeugnis, Pensenreduktion, Altersentlastung und Diskriminierung.

Zudem hatten wir sieben Fälle, bei denen wir die Rechtsschutzversicherung auslösen mussten. An die Versicherung wenden wir uns dann, wenn die Anfrage nicht mit einer kurzen Erstberatung abgeschlossen werden kann, d.h. wenn die Lehrpersonen bei der Durchsetzung ihrer Anliegen juristische Unterstützung brauchen. Vorausgesetzt ist natürlich, dass die Rechtsschutzversicherung das Anliegen als gerechtfertigt beurteilt.

Dank

Ein Netzwerk von engagierten und interessierten Menschen unterstützte den LEGR auch im vergangenen Verbandsjahr. Ein grosser Dank geht an...

- die Schulhausdelegierten für die Sicherstellung der Verbindung zur Basis
- Jöri Schwärzel, Geschäftsstellenleiter, für sein stetes und grosses Engagement
- die Geschäftsleitung LEGR für die konstruktive Arbeit und Kameradschaft
- die Redaktion des Bündner Schulblattes, insbesondere den Redaktionsleiter Fabio Cantoni sowie den Verfassern der Paginas für die unkomplizierte Zusammenarbeit
- alle Vertreterinnen und Vertreter der Lehrpersonen in den Kommissionen und Arbeitsgruppen
- Regierungsrat Martin Jäger und seine Mitarbeitenden für die offenen und informativen Austauschtreffen (insbesondere an die Mitglieder des AVS in der Resonanzgruppe LP 21)
- die PHGR, namentlich Gian-Paolo Curcio, Chantal Marti und Luzius Meyer für die stete Gesprächsbereitschaft und Zusammenarbeit
- die Partnerverbände des «Runden Tisches» für die angeregten, gemeinsamen Diskussionen
- das Beratungsteam des LEGR für die fachkundige Unterstützung unserer Mitglieder
- die Kommissionsmitglieder der Fraktionen für die gute Zusammenarbeit
- alle Mitglieder des LEGR, welche die Arbeit der GL unterstützen, begleiten, kritisieren...

Chur, im Juli 2016

Sandra Locher Benguerel
Präsidentin LEGR

Ja zur Volksinitiative AHVplus

Der Lehrberuf wird je länger je mehr nicht mehr vollzeitlich ausgeübt, da er entweder zu anstrengend ist, oder weil er eine ideale Ergänzung zur Familienarbeit darstellt. Wegen des Koordinationsabzuges sind dann aber die Einzahlungen in die Pensionskasse klein. Umso mehr Gewicht erhält die AHV.

VON SANDRA LOCHER BENGUEREL, PRÄSIDENTIN LEGR
UND JÖRI SCHWÄRZEL, LEITER DER GESCHÄFTSSTELLE LEGR

Auch für Vollzeitangestellte schwindet die Bedeutung der Pensionskasse immer mehr, da letztere sparen muss. Die Rente wird immer kleiner. Vom versprochenen gemütlichen Lebensabend wird bald nichts mehr. Statt Leistungsabbau und Rentenalter 67 zu lancieren, sollten Wirtschaft und Politik

dafür sorgen, dass die Rentenverluste ausgeglichen werden. Sonst werden immer weniger Leute nach der Pensionierung mit ihren Renten aus AHV und Pensionskasse das gewohnte Leben in angemessener Weise fortsetzen können.

Die Geschäftsleitung LEGR unterstützt den LCH, der zusammen mit anderen Organisationen die Volksinitiative AHVplus des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes eingereicht hat. Sie verlangt eine Erhöhung der AHV-Renten um 10%.

Mit nur je 0,4 Lohnprozenten soll dieser Ausbau finanziert werden. Daraus resultieren Mehrkosten für die Arbeitnehmenden. Wie die Bildung Schweiz berechnet hat, würde das eine Primarlehrperson rund Fr. 40.00 pro Monat kosten. Dafür bekommt sie im Alter eine deutlich höhere Rente, je nach Zivilstand zwischen Fr. 2400.00 und Fr. 4200.00 pro Jahr. Die Geschäftsleitung LEGR empfiehlt seinen Mitgliedern am 25. September ein JA in die Urne zu legen.



Zvieri mit Seniorinnen und Senioren für eine starke AHV

Veranstaltung mit einem Referat von Andrea Hämmerle, Podiumsdiskussion, Kaffee und Kuchen.
29. August 2016, 14.00 17.00 Uhr
im B12 Caffè, Bar und Restaurant, Brandisstrasse 12, 7000 Chur.
Anmeldung bis zum 25. August 2016
an sgb-gr@bluewin.ch oder 081 252 03 42.

Info: ahvplus-initiative.ch

Auswertung der Integrationsumfrage

Mit Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes wurde die Umsetzung der sonderpädagogischen Massnahmen in der Volksschule neu geregelt. Auf Grund dessen führte der LEGR in den vergangenen Jahren bei den Klassenlehrpersonen KLP sowie den Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen SHP je eine Basisumfrage durch. Grundsätzlich zeigen die Umfrageergebnisse erfreulicherweise eine positive Grundstimmung der Bündner Lehrpersonen der Integration gegenüber.

VON SANDRA LOCHER BENGUEREL, FÜR DIE GL LEGR

Es ist der Geschäftsleitung (GL) LEGR ein wichtiges Anliegen, dass diese gute Akzeptanz so bleibt. Deshalb beurteilen wir es als wichtig, die Rahmenbedingungen laufend zu überprüfen und wo nötig anzupassen. Deshalb hat die GL LEGR konkrete Vorschläge zuhanden des AVS zur weiteren Umsetzung erarbeitet. Die Vorschläge verfolgen das Ziel, dass die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen in die Regelklasse weiterhin gelingen kann oder noch besser wird. Anlässlich des regelmässigen Austauschtreffens zwischen dem LEGR und EKUD diskutierten wir im Mai 2016 unsere Vorschläge mit Regierungsrat Martin Jäger sowie den zuständigen Fachleuten für den Bereich Sonderpädagogik des AVS.

Wir danken allen Lehrpersonen, die sich an der Umfrage beteiligt haben.

Vorschläge an den Kanton zur weiteren Umsetzung der Integration

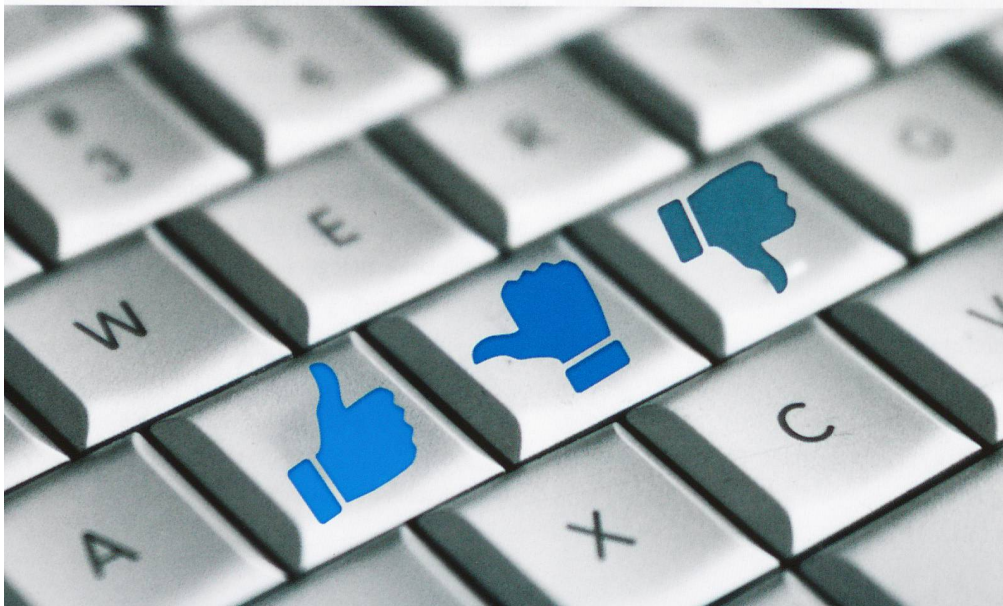
1 Die Anzahl von SuS mit besonderem Förderbedarf pro Klasse sollte nicht zu gross sein, oder der Unterricht sollte durch andere Hilfestellungen unterstützt werden (zusätzliche Unterstützung durch Lektionen der SHP, Reduktion der maximalen Klassengrössen gemäss Verordnung Art. 21). Vorschlag: Das EKUD erstellt eine Empfehlung an die Schulträger. Empfehlung: Die Schulträger achten darauf, dass der Artikel 21 Absatz 1 der Verordnung umgesetzt wird. Weiter achten die Schulträger darauf, dass die Anzahl von SuS mit besonderem Förderbedarf (IFmL und IFoL) pro Klasse nicht mehr als einen Viertel der Gesamtzahl der Schülerzahl der Klasse beträgt. Falls dies doch der Fall ist, wird die Klasse mit zusätzlichen SHP-Lektionen unterstützt.

2 KLP werden selten für die Besprechungslektionen mit den SHP entschädigt. Die im Schulgesetz unter Art. 62 Abs. 2 vorgesehene Entlastung von einer Lektion dient anderen Klassenleitungsaufgaben. Sowohl SHP wie auch KLP benötigen zusätzliche Zeitressourcen.

Vorschlag: Das EKUD erstellt eine Weisung oder eine Empfehlung zuhanden der Schulträger für (je eine halbe bezahlte Besprechungslektion pro Woche und Klasse) SHP und KLP (inklusive Kindergarten).

3 Bei den Schulgemeinden werden bei IFP die vorgeschriebenen Unterrichtseinheiten unterschiedlich interpretiert. Oft erhalten mehrteilige Klassen und Kindergärten nur zwei anstelle beispielsweise vier Lektionen/Stunden zugesprochen. Im Kindergarten wird eine Einheit statt als Stunde als 45-Minuten-Lektion behandelt. Vorschlag: Das EKUD klärt und interveniert wo nötig.

4 Das Zusammenwirken der Kompetenzzentren und der Schulgemeinden ist weiter ausbaufähig. Es ist zu begrüssen, dass immer mehr SHP von beiden Seiten angestellt werden, so dass nicht mehrere SHP für eine Klasse zuständig sind. Ungeklärt sind dabei jedoch die Anstellungsprobleme der doppelt angestellten SHP: zwei Pensionskassen, Weiterbildungen müssen bei beiden Arbeitgebern absolviert werden. Die Unterschiede zwischen den drei Kompetenzzentren im Kanton sind sehr gross. Ein Kompetenzzentrum versucht sehr stark Lösungen mit den gemeindeeigenen SHP zu finden, bei einem anderen ist dies jedoch viel weniger zu erkennen. Weiter stellen wir fest, dass die Kompetenzzentren eine Sogwirkung auf die SHP haben, so dass diese den Schulgemeinden vermehrt fehlen. Auch bei den Anstellungsbedingungen von SHP mit Kleinstpensen in verschiedenen



Gemeinden besteht Handlungsbedarf.

Vorschlag:

kurzfristig: Das EKUD begleitet weiterhin aktiv den Prozess.

mittelfristig: Es sucht Lösungen für die Probleme der doppelten oder mehrfachen Anstellung.

langfristig: Es analysiert und überdenkt das heutige System.

5 Das EKUD erteilt SHP-Lehrbewilligungen an Abgänger direkt ab der Pädagogischen Hochschule. Zudem kommen SHP in Stufen zum Einsatz, in denen sie über zu wenig Fachwissen verfügen, um die SuS zielführend unterstützen zu können.

Vorschlag: Das EKUD beschliesst, Bewilligungen in Zukunft nur noch an Lehrpersonen zu erteilen, die mindestens zwei Jahre Berufserfahrung auf der Zielstufe als KLP aufweisen.

Die Schulbehörden werden bei unausweichlichen Engpässen angewiesen, vermehrt innerhalb ihrer Teams nach LP mit Berufserfahrung zu suchen, die notfalls bereit wären, SHP-Lektionen zu übernehmen.

Dem EKUD obliegt die Aufgabe in Zusammenarbeit mit der HfH dafür zu sorgen, dass genügend SHP in den verschiedenen Sprachen und Regionen ausgebildet werden.

6 Die Unzufriedenheit der Lehrpersonen auf der Sek-I-Stufe, insbesondere des unteren Niveaus, veranlasst zum Handeln. Der Imageverlust der «Realschule» für die Jugendlichen wie für die Lehrpersonen wird als beträchtlich beurteilt.

Vorschlag: Das EKUD nimmt sich dieser Stufe (insbesondere der unteren Niveaus) an und erstellt eine Analyse, aus der Massnahmen abgeleitet werden können.

7 Eine Integration bei starker Verhaltensauffälligkeit ist sehr schwierig. Gute Interventionsmassnahmen und Massnahmen zur Entlastung der KLP und der Klassen fehlen oft. Unter anderem auch darum, weil diese Kinder oft «nur» einen IFoL-Status haben, der in der Regel keine zusätzlichen Lektionen auslöst.

Vorschlag: Das EKUD unterstützt bei den Interventionsmassnahmen und prüft in Zusammenarbeit mit den Schulträgern ein regionales Netz von Time-out-Klassen für den ganzen Kanton.

8 Die Weiterbildung von KLP und SHP im Bereich der Integration werden wenn, dann meist separat angeboten.

Vorschlag: Das EKUD sorgt dafür, dass über die PHGR laufend Weiterbildungsangebote für Schulteams/KLP-SHP/Schulleitungen/Schulbehörden angeboten werden.

9 Die Situation hat sich seit unserer ersten Umfrage zwar verbessert, so dass in den meisten Klassen heute IFP eingesetzt wird. Da und dort fallen jedoch SHP-Lektionen dem Sparen zum Opfer. Zudem spielen verschiedene Schulbehörden die Klassenteilung und die Unterstützung durch die SHP gegeneinander aus.

Vorschlag: Das EKUD überprüft weiterhin laufend, ob die Richtlinien der Sonderpädagogischen Massnahmen eingehalten und in den Gemeinden ausreichend Lektionen pro Klasse gesprochen werden (z.B. IFP, Begabungsförderung, für IFoL, für IFmL, SuS). Zudem interveniert es, wenn Klassenteilungen und SHP-Unterstützungslektionen gegeneinander ausgespielt werden.

10 Die Begabungsförderung wird – obwohl in Art. 43 lit.d gesetzlich verankert – von vielen Schulgemeinden eher als nice-to-have denn als must betrachtet.

Vorschlag: Das EKUD führt diesbezüg-

lich eine Kommunikationsoffensive bei Schulbehörden, den Schulleitenden und im Schulblatt durch und überprüft die Umsetzungsmassnahmen (s.o.). Weiter ist das EKUD dafür besorgt, dass ein gutes Weiterbildungsangebot zur Verfügung steht.

11 Die sprachliche Förderung von Fremdsprachigen SuS wird da und dort gerne mit der sonderpädagogischen Förderung vermischt, meist auf Kosten von Förderlektionen. Gerade in Anbetracht der zu integrierenden Flüchtlingskinder kommt diesem Punkt eine besondere Bedeutung zu.

Vorschlag: Das EKUD schaut hier besonders gut hin und interveniert allenfalls. Das EKUD erstellt ergänzend zu den aktuellen Weisungen zum Förderunterricht für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler (Mai 2016) ein umfassendes Konzept zur Förderung der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler. Darin sollten auch Beratungsangebote für Schulträger und Lehrpersonen enthalten sein.

Glossar:

AVS = Amt für Volksschule und Sport

EKUD = Erziehungs- und Umweltdepartement des Kantons

IF = Integrierte Förderung

IFmL = Integrierte Förderung mit Lernzielanpassung

IFoL = Integrierte Förderung ohne Lernzielanpassung

IFP = Integrierte Förderung als Prävention

KLP = Klassenlehrperson

SHP = Schulische Heilpädagogin oder Schulischer Heilpädagoge

SuS = Schüler und Schülerinnen